



OHNE MUTIGES KONZEPT IM SYRIEN-KONFLIKT

Riesenzwerg Deutsch-EU: Verdammt hilflos

Von WOLFGANG HÜBNER | Derzeit zerplatzen alle deutschen Träume von einer Großmacht EU wie Seifenblasen im Sturmwind. Und schuld daran ist natürlich wieder einmal Donald Trump. Der will sich nämlich auf keinen Fall in eine weitere orientalische Falle locken lassen, die Milliarden Dollars und das Leben amerikanischer Soldaten fordert bzw. gefährdet.

Deshalb stehen die EU-Riesenzwerg in dem Konflikt zwischen Türken und Kurden ebenso hilflos da wie im Fall Syrien. Denn ohne die US-Militärmacht können die Riesenzwerg zwar schimpfen, jammern oder appellieren – bewirken können sie gar nichts.

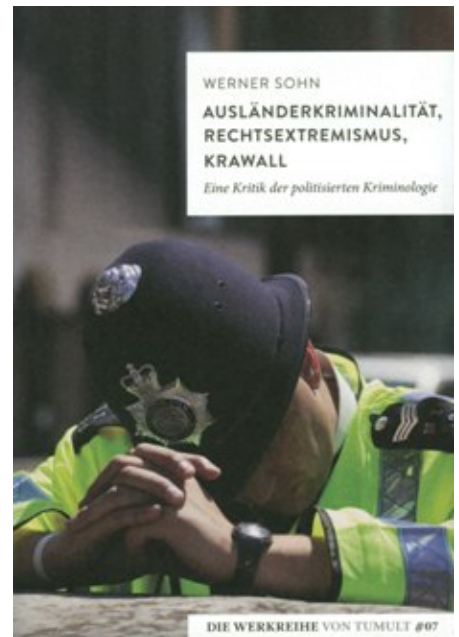
Sie, insbesondere die Deutschen, müssen vielmehr sogar in größter Furcht davor leben, dass der neue Sultan in Ankara nicht soweit gereizt wird, die Schleusen für eine neue Menschenflut nach Europa zu öffnen. Erdogan hat in diesem Spiel eindeutig die besseren Karten, und er weiß das auch. Dass er seine besseren Karten nun ausspielt, kann ihm kein realpolitisch statt hypermoralisch denkender Mensch übel nehmen. Und schon gar nicht wird sich der türkische Autokrat von einer politischen Fehlbesetzung wie Merkels Außenminister

irritieren lassen. Der hat jetzt sowieso ein ganz anderes Problem am Hals, nämlich die Rückkehr der überlebenden IS-Killer samt Brut in die bunte Heimat zwischen Flensburg und Oberammergau.

Davor hat sich die Berliner Regierung bislang ebenso gedrückt wie die EU vor irgendwelchen wirksamen Maßnahmen zum Schutz jener Kurden, die gut dafür waren, im Kampf gegen die Kopfabschneider große Opfer zu bringen. Gründe genug für die EU zu solchen Maßnahmen waren vorhanden: Denn es waren nie die USA, die von den Folgen des IS, der Bürgerkriege in Syrien, Afghanistan und auch des türkisch-kurdischen Konflikt gefährdet wurden. Vielmehr sind es die einwanderungsfreudigen EU-Staaten mit Deutschland an der Spitze, die diese Folgen zu fürchten hatten und in Zukunft noch viel mehr davon betroffen sein werden.

Statt sich dieser Situation realistisch zu stellen, wird die Wut auf den angeblich völlig unberechenbaren US-Präsidenten geschürt. Dabei handelt dieser ganz auf der Linie, die Trump schon lange vor seinem Amtsantritt vertreten hat: Er will keine endlose Verzettelung Amerikas in weit entfernte Kriege und Bürgerkriege, sondern sich auf die künftig entscheidende Auseinandersetzung konzentrieren, nämlich mit der wirtschaftlichen und militärischen Macht Chinas. Genau das hat er wieder und wieder deutlich gemacht, er tut es immer noch. Offensichtlich waren die EU-Mächtigen, mit besonderer Vorliebe in Berlin, der Auffassung, das sei alles gar nicht so ernst gemeint. Diese Fehleinschätzung teilen sie mit dem politischen Establishment in Washington, das Trump nun auch deshalb mit allen Mitteln aus dem Amt drängen will.

Es ist keineswegs sicher, dass das misslingen wird. Der verhasste Außenseiter im Weißen Haus hat nur eine Chance auf Verbleib und Wiederwahl, wenn es ihm gelingt, große Teile des amerikanischen Volks für sich und seine Politik zu mobilisieren. Eines von Trumps besten Argumenten ist die Tatsache, die USA nicht in neue militärische Konflikte geführt zu haben, die unmöglich zu gewinnen sind, aber ungeheure Kosten verursachen. Und der Konflikt zwischen Türken, Kurden und Syrern ist keiner, der für die militärisch unter Trump gestärkte USA von strategischer oder gar nationaler Bedeutung ist.



Umso bedeutender ist dieser Konflikt für die EU. Doch die ist, wie sich nun zeigt, ohne US-Macht im Rücken völlig hilflos in der aktuellen Situation. Erdogan, Putin und Assad müssten blind und taub sein, das nicht zu erkennen. Vor allem der neue Sultan weiß um die Schwäche des größten EU-Finanziers Deutschland. Der angemaßte Moralweltmeister veranstaltet zwar einen lächerlichen Theaterdonner um salutierende Fußballer, die im Kriegsfall selbstverständlich Türken statt Deutsche sind. Doch zugleich ist Berlin gelähmt vor Angst, auch nur mit geringsten wirtschaftlichen Sanktionen Erdogans Zorn zu wecken und neue Heerscharen von Sozialasylanten versorgen zu müssen.

Weder die Berliner Regierung noch die brüchige EU haben ein Rezept, geschweige denn geeignete Mittel, um die nahöstliche Krise auch nur zu dämpfen. Hierzulande kämpft man ohnehin lieber tapfer gegen alles, was unter „Rechtsverdacht“ gerät sowie gegen den Klimawandel und SUV's. Und ein Großteil der Deutschen will sich den bequemen Merkel-Schlaf nicht nehmen lassen. Doch die Entwicklungen auf der Welt werden darauf keine Rücksichten nehmen. Die Einschläge kommen näher. Wer sie

hören will, braucht längst kein Hörgerät mehr.



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Wo
lf
ga
ng
Hü
bn
er
sc
hr
ei
bt
se
it
vi
el
en
Ja
hr
en
fü
r
di
es
en
Bl

og
,
vo
rn
eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th
em
en
Li
nk
sf
as
ch
is
mu
s,
Is
la
mi
si
er
un
g
De
ut
sc
hl
an
ds
un
d

Me
in
un
gs
fr
ei
he
it
. Der
r
la
ng
jä
hr
ig
e
St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr
ak
ti
on
sv
or
si
tz
en
de

de
r
„B
ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)
le
gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be
rs
20
16
se
in
Ma
nd
at
im

Fr
an
kf
ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
.
De
r
le
id
en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re
r
is
t
üb
er
se
in
e
Fa



ASTA der Uni Hamburg macht Lucke für Störungen verantwortlich

Als der Mitbegründer der AfD, Bernd Lucke, am Mittwoch seine Tätigkeit als Hochschullehrer in Hamburg wieder aufnehmen wollte, wurde seine Vorlesung von zahlreichen deutschen Linksfaschisten gesprengt.

Die Faschisten schrieen Lucke nicht nur nieder, sondern bewarfen ihn mit Gegenständen und bedrängten ihn körperlich.

Die Bilder waren derart hässlich, dass es sogar verhaltene Kritik an der linken SA gab, eine für sie ungewohnte Situation.

Wie rechtfertigt man denn ein Verhalten, welches doch allzu sehr an das Vorgehen der SA in den dreißiger Jahren erinnert? Dass man bei „Makroökonomik II“ nur schwer von „Nazi-Propaganda“ sprechen kann, wie die Störer geschrien hatten, leuchtete sogar dem ASTA ein.

Also kein Wort dazu. Dafür drehte man Ursache und Wirkung um:

Lucke sei selbst schuld an den massiven Tumulten, weil er nach (!) den Störungen „provoziert“ habe.

Das hört sich dann so an, wie der FOCUS berichtet:

Nach den Tumulten bei der ersten Vorlesung des AfD-Mitbegründers Bernd Lucke nach seiner Rückkehr an die Universität Hamburg hat die Studierendenvertretung ASTA Vorwürfe erhoben. „Die sowieso schon angespannte Situation wurde insbesondere noch einmal angeheizt, als Bernd Lucke das Podium verließ und zwischen Studierenden im Auditorium Platz nahm“, teilte der ASTA am Freitag mit. „Dieses Verhalten hat nicht zu einer Deeskalation geführt, sondern vielmehr als Provokation auf die Protestierenden gewirkt.“ Er habe die Studierenden als Schutz benutzt.

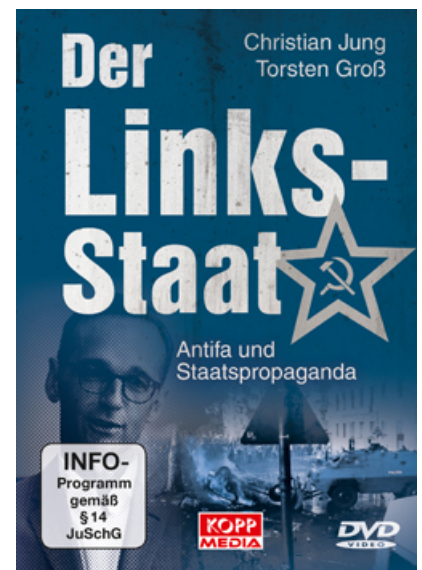
Noch einmal, die Vorwürfe gegen Lucke: Nachdem er körperlich angegangen worden war, habe er „provoziert“, indem er

- das Podium verließ,
- sich auf einen freien Platz gesetzt und dadurch
- Schutz gesucht habe.

Wer einen Anlass zum Prügeln sucht, findet ihn. Man rempelt einen Entgegenkommenden auf einem Fest an, fragt, was das soll, und schlägt zu. Für manche reicht auch die Begründung,

dass der andere einen angeguckt hat oder auch nur sein Auto, Wer einen Grund zum Schlagen, zum Ausleben der eigenen Aggression sucht, der findet ihn. So auch hier.

Wäre Lucke am Rednerpult auf dem Podium verblieben, hätte man ihm das als Provokation vorgehalten. Wäre er gegangen, hätte man es ebenfalls als „Provokation“ gewertet, so wie es „Provokation“ für den Mob war, dass Lucke ruhig auf einem Platz abwartete, wie sich die Situation entwickeln würde. Das eine Mal würde man ihm vorwerfen, dass er als unerwünschte Person im Hörsaal bleibt, das andere Mal, dass er sich der Auseinandersetzung nicht stellt. Wer einen Grund zum Schlagen sucht, der findet ihn.



Die „Studenten“, die sich am Mittwoch an der Sprengung der Vorlesung von Bernd Lucke beteiligten, hatten weder Verstand noch Moral. Sie sind typische Vertreter einer hirnlosen und zugleich arroganten abgehobenen Schicht von gelangweilten Bildungsfernen, für die nichts zu doof ist, wenn es darum geht, die eigenen Aggressionen über ihr verpfushtes unzufriedenes Leben zu rechtfertigen.



„Die Linie zum Terror ist überschritten“

Am frühen Morgen des 19. Oktober ist auf dem Grundstück eines AfD-Mitglieds bei Artern/Unstrut im Landkreis Kyffhäuserkreis, in meinem Wahlkreis 189, in Nordthüringen ein schwerer Brandanschlag verübt worden. Unbekannte zündeten einen LKW an, der bei Kundgebungen der AfD im Thüringer Landtagswahlkampf eingesetzt wurde.

Das Fahrzeug war nur wenige Meter vor einem Wohnhaus geparkt worden.

Im Laderaum befanden sich Veranstaltungsmaterialien und Tontechnik.

Durch den Brand wurden der Lkw, die Veranstaltungsmaterialien und die Tontechnik vollständig zerstört.

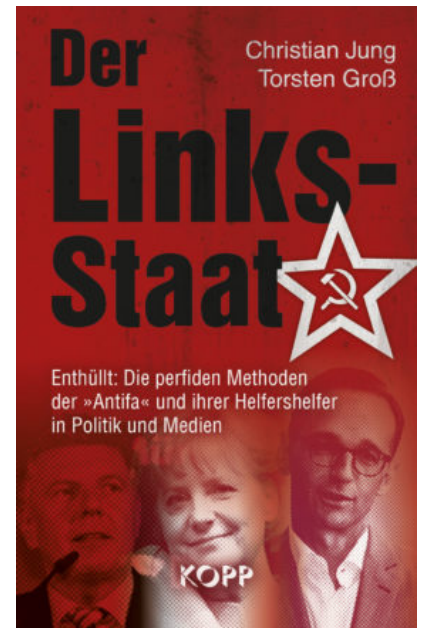
Der Schaden dürfte sich nach Schätzungen der Thüringer AfD auf einen sechsstelligen Betrag belaufen.

Der stellvertretende Landessprecher der AfD Thüringen und Bundestagsabgeordnete Jürgen Pohl erklärt dazu:

„Das hat mit Wahlkampf und politischer Auseinandersetzung nichts mehr zu tun.“

Diejenigen, die den Lkw in Brand setzten, nahmen eine Gefährdung von Menschenleben billigend in Kauf. Denn die Flammen hätten leicht auf das naheliegende Wohnhaus übergreifen können.

Wir werden heute eine weitere Wahlkampfveranstaltung in der zu meinem Wahlkreis gehörenden Stadt Nordhausen durchführen. Die Antifa hat bereits Gegendemonstrationen angekündigt. Angesichts dieser Entwicklung bin ich in großer Sorge um die Sicherheit der Wahlkampfhelfer und der Mitarbeiter in meinen Wahlkreisbüros.



Gewalt darf niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. In den vergangenen Wochen haben Unbekannte wiederholt Wahlkreisbüros der AfD beschmiert und Autofenster von Abgeordneten eingeschlagen. Mit diesem Brandanschlag auf einen Lkw in unmittelbarer Nähe eines Wohnhauses haben die gewaltbereiten Täter die Linie zum Terrorismus überschritten.“



Nach Systemcrash: Gold wird für Neubeginn benötigt

Von TYLER DURDEN | Es sind nicht nur die Blogs von »Verschwörungstheoretikern«, die seit 11 Jahren davor warnen, dass ein währungspolitischer Neustart unvermeidlich ist und es

nur eine einzige praktikable Rückfalloption gibt, sobald das Vertrauen an Fiatgeld verloren gegangen ist. Mark Carney hat es kürzlich angedeutet – die einzige Lösung sei ein Goldstandard. Jetzt stimmen auch die Zentralbanken in den Chor der Untergangspropheten ein.

Ein von der niederländischen Zentralbank De Nederlandsche Bank (DNB) veröffentlichter Artikel hat viele Leser mit der folgenden Behauptung schockiert: »Wenn das System zusammenbricht, können die Goldvorräte als Grundlage für einen Neuaufbau dienen. Gold stärkt das Vertrauen in die Solidität der Zentralbankbilanz und erzeugt ein Gefühl von Sicherheit.«

Düstere Prophezeiungen eines bevorstehenden Finanzcrashs sind keineswegs neu. Generell finden diese Berichte jedoch wenig Aufmerksamkeit im Mainstreamdiskurs. Wie Mario Draghi in den letzten Jahren bereits mehrfach darauf hingewiesen hat, reicht die reine Darstellung eines »Weltuntergangsszenarios« bereits aus, dass genau die Prophezeiung eintritt, vor der einst gewarnt wurde.

Daher ist es mehr als nur erstaunlich, wenn sich Mainstream-Finanzinstitute über die Vorzüge von Währungsgrundlagen äußern, die kein Fiatgeld sind und deren Ressourcen ohnehin knapp sind. Heuchlerisch sind auch die widersprüchlichen Methoden der Zentralbanken und Institutionen, die regelmäßig auf der ganzen Welt praktiziert werden. Schließlich veröffentlichte der IMF erst vor wenigen Monaten ein Dokument, in dem der in den 1870er Jahren eingeführte Goldstandard in Deutschland angeprangert und als Auslöser für Instabilität im globalen Währungssystem bezeichnet wurde.

Heute hingegen räumt die niederländische Zentralbank ein, dass Gold das Währungssystem nicht destabilisiert hätte und die einzige Rettung sein würde, wenn alles zusammenbricht.

In dem Artikel mit dem Titel DNB's Gold Stock heißt es:

»Ein Goldbarren behält seinen Wert auch in Krisenzeiten. Damit ist er das Gegenteil von »Aktien, Anleihen und anderen Wertpapieren«, die allesamt mit Risiken verbunden sind, und deren Preise verfallen können.«



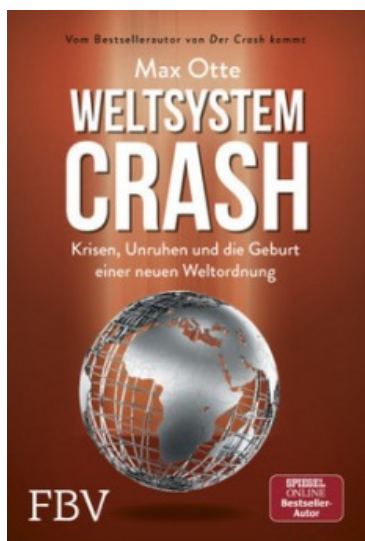
Laut neuesten Daten des IMF besitzt die DNB 615 Tonnen (15000 Barren) Gold, das in Amsterdam gelagert wird. Andere Depots befinden sich in Großbritannien und Nordamerika. Der Wert dieser Goldreserven liegt bei über 6 Milliarden Euro (6,62 Milliarden Dollar). Im Artikel wird kurz erläutert, warum Gold als »Vertrauensanker« für die Weltwirtschaft so wichtig ist: »Gold ist ... der Vertrauensanker für das Finanzsystem. Wenn das gesamte System zusammenbricht, bieten Goldvorräte die nötige Deckung für den Neuanfang. Gold gibt Vertrauen in die Macht der Bilanz der Zentralbank.«

Warum wird plötzlich etwas zugegeben, was Finanzexperten schon seit Jahren ankündigen? Vielleicht ist es darauf zurückzuführen, dass die Bank am 7. Oktober verkündet hat, bald einen großen Teil ihrer Goldreserven in »das neue DNB Cash Center auf das Militärgelände in Zeist« zu verlegen.

Bereiten sich die Niederlande etwa auf den großen Crash vor? Dies würde zumindest erklären, warum die wertvollsten Güter in eine militärische Anlage verlagert werden sollen.

Bitcoin.com bringt es mit einer gewissen Ironie auf den Punkt: »Für die DNB ist das keynesianische, inflationäre Spiel des globalen Währungssystems nichts Neues. Ein System, das einem Schneeballsystem gleicht, welches sich mehr auf Gewalt und

blinden Glauben stützt, als auf ein solides ökonomisches Prinzip. Ungeachtet dessen kennen die zentralisierten Finanzkräfte der Welt die tatsächliche Situation, weshalb harte Vermögenswerte wie Gold gehortet und gebunkert werden. Einzelne Bewohner dieser geopolitischen Jurisdiktionen werden wiederum jeden Tag ermutigt, unaufhörlich Geld auszugeben und sich weiter zu verschulden, um letztlich unsolide Volkswirtschaften zu stützen«.



Das neue Buch von Max Otte.

Es ist kein Zufall, dass die niederländische Zentralbank bei der Vorbereitung auf den finanziellen Zusammenbruch auch gegen Kryptowährungen und Krypto-Wallets vorgehen will. Ihre Erklärung lautet: »Unternehmen, die Umtauschdienste zwischen Kryptowährungen und normalem Geld anbieten, sowie Krypto-Wallet-Anbieter, müssen sich bei De Nederlandsche Bank registrieren.«

Während der Drang nach KYC/AML-Transparenz weltweit immer mehr zunimmt, werden Billionensummen in Offshore-»Steuerparadiesen« gelagert. Bemerkenswert an diesem Angriff auf Krypto-Geld – das vielfach als eine moderne, effizientere Form von Gold betrachtet wird – ist aber die Tatsache, dass Regulierungen und Restriktionen der Zentralbanken als Mittel zur Einlagerung kostbarer Vermögenswerte anerkannt werden. In diesem Fall

betrifft dies nicht die Goldbarren, sondern Bitcoin und andere Kryptowährungen.

Dass uns eine »große Währungsreform« bevorsteht, darauf deuten auch andere Zentralbanken diskret hin. Die massive Rückführung physischen Goldes von der New York Fed an verschiedene Zentralbanken europäischer Länder – wie Deutschland und Österreich – spricht hierbei für sich.

Wir sind zuversichtlich, dass die Treuhänder des derzeitigen Establishments – wie etwa andere Zentralbanken und der IMF – freundlich genug sein werden, ihren Bürgern rechtzeitig ans Herz zu legen, ihr Fiatgeld in harte Vermögenswerte wie Gold umzutauschen. Es wäre jedoch nicht das erste Mal, wenn sie es nicht tun.

Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen.



Türkische Invasion Syriens verwandelt Deutschland in ein Pulverfass

Von STEFAN SCHUBERT | Millionen Menschen in Deutschland befinden sich im Krieg – gegeneinander. Derzeit sollen rund

1,2 Millionen Kurden in Deutschland leben. Dazu kommen seit der unkontrollierten Masseneinwanderung rund 770 000 Syrer. Ethnische »Säuberungen« in Nord-Syrien, die von Erdogans radikal-islamistischen Milizen ausgeführt werden, kommen hier noch hinzu.

Die Leidtragenden sind neben Kurden und Jesiden auch christliche Aramäer. Behörden erwarten zudem militante Aktionen vonseiten der linksextremen Antifa zur Unterstützung der Kurden. Deutschlands Sicherheitslage gleicht angesichts dieser Zustände einem Pulverfass.

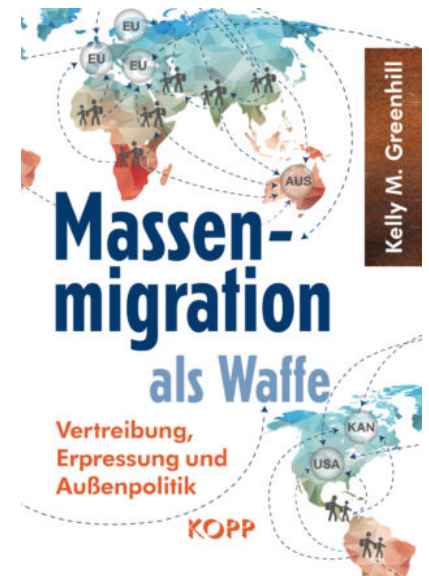
Erdogans Träume von einer osmanischen Großmacht haben nicht nur zu einem neuerlichen Krieg im Nahen Osten geführt, sondern gleichzeitig die Sicherheitslage in Deutschland eskalieren lassen. Für zahlreiche Experten ist der Waffengang gegen die kurdische Bevölkerung in Syrien hingegen nur vorgeschoben.

Längst werden im Internet, in AKP-Foren und selbst im türkischen Staatsfernsehen, Türkeikarten mit Grenzen von 1918 [gezeigt](#).

»Es geht ihm nicht um einen kleinen Sicherheitskorridor in Nordsyrien, er sieht die historische Gelegenheit, die Grenzen der Türkei in großem Stil zu verschieben«, wird dieser Tage ein hochrangiger Diplomat in Brüssel zitiert. Die gesamte Sicherheitsarchitektur des Nahen Ostens scheint wieder einmal außer Kontrolle zu geraten.

Zudem droht der Despot vom Bosphorus unverhohlen mit etwas, wovon der Mainstream gar nichts wissen will – nämlich mit dem Einsatz der »Migrationswaffe«. Die US-Politikwissenschaftlerin der Tufts University in Boston, Kelly M. Greenhill, schreibt dazu in ihrem lesenswerten Buch [Massenmigration als Waffe](#): Vertreibung, Erpressung, Außenpolitik:

»Die Urheber dieser Nötigungspolitik verfolgen das Ziel, das Verhalten der Zielstaaten zu beeinflussen, indem sie vorhandene und miteinander konkurrierende politische Interessen und Gruppen ausnutzen und indem sie die Kosten oder Risiken beeinflussen, die den Bevölkerungen der Zielstaaten auferlegt werden.«



Wie unverhohlen Erdogan Deutschland und die EU mit der Migrationswaffe zu erpressen gedenkt, verbreitete die Nachrichtenagentur AFP:

»Hey EU, wach auf! Ich sage erneut: Wenn ihr unsere Operation als Invasion darzustellen versucht, ist unsere Aufgabe einfach: Wir werden die Türen öffnen und 3,6 Millionen Menschen werden zu euch kommen«, so der türkische Despot. Erdogan wird zudem eine ideologische Nähe zur radikal-islamistischen Muslimbruderschaft vorgeworfen. Dieses bestens vernetzte Netzwerk arbeitet bekanntlich an der [islamischen Weltherrschaft, dem Kalifat](#).

Die Muslimbrüder betreiben ebenfalls eine gezielte Islamisierung Deutschlands, mit dem Endziel, einen islamistischen Gottesstaat in Deutschland zu errichten. Leider handelt es sich dabei nicht um eine Verschwörungstheorie aus dem Netz, sondern um schriftlich festgelegte Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, die in den Verfassungsschutzberichten nachzulesen sind. Auch im aktuellen Buch des Autors, Sicherheitsrisiko Islam, werden die alarmierenden Aktivitäten von Erdogan und den Muslimbrüdern enthüllt und analysiert.

»Türkei bombardiert gezielt IS-Gefängnisse«

Es mehren sich nicht nur Berichte von

Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, ja die mit der Türkei verbündeten Dschihadistenmilizen brüsten sich sogar damit. Auch ist zu beobachten, dass das türkische Militär gezielt IS-Gefängnisse, wie beispielsweise das IS-Camp Ain Issa, bombardiert und so bereits Tausenden IS-Kämpfern die Flucht ermöglichte. Der Einmarsch der Türken trägt somit direkt zu einem Erstarren der Terrormiliz Islamischer Staat bei, die ja anfangs durch die Türkei massiv aufgerüstet wurde und enorme logistische Unterstützung erhielt.

Beobachter gehen von bis 100 000 inhaftierten IS-Anhängern allein in Nord-Syrien aus. Darunter befinden sich an die 11 000 IS-Terroristen, 9000 Syrer und Iraker, sowie bis zu 2000 ausländische IS-Kämpfer. Die kurdischen Streitkräfte haben bereits mehrfach um Hilfe gerufen und angekündigt, Wachpersonal zur Unterstützung an der Front abziehen zu müssen. Es ist zu befürchten, dass die Türkei-Invasion zu einer immensen Fluchtwelle von IS-Anhängern und IS-Terroristen führt. Obwohl die Hintergründe allen Sicherheitsbehörden und der Bundesregierung bekannt sind, bleiben Deutschlands Grenzen offen und unkontrolliert.

Pulverfass Deutschland

Auch auf Deutschlands Straßen kam es aufgrund dieser hochexplosiven Gesamtlage bereits zu ersten Auseinandersetzungen zwischen türkischen Nationalisten und PKK-nahen Kurden. Diese Gewalttätigkeiten drohen nun weiter zu eskalieren. Beim letzten Türkei-Einmarsch in Syrien, im Januar 2018, verschärfte sich die Situation dadurch, dass sich die (deutsche) linksextreme Szene an militanten Attacken durch kurdische Nationalisten und Extremisten beteiligte. So bekannte sich die Antifa unter anderem zu einem Brandanschlag auf eine türkische Moschee in Kassel. In Ulm wurden vier syrische Flüchtlinge verhaftet, denen die Staatsanwaltschaft Stuttgart vorwirft, Molotowcocktails auf ein türkisches Gemüsegeschäft und einen Moscheeverein geschleudert zu haben.

Wieder einmal wird deutlich, dass die unkontrollierte Masseneinwanderung aus Kriegsgebieten zu einer Destabilisierung der Sicherheitslage in Deutschland geführt hat. Die Behörden registrierten im Jahr 2018 innerhalb kürzester Zeit über 3 Dutzend Brandanschläge und Attacken auf türkische Moscheen und Einrichtungen.



Die PKK-Jugend rief zu dieser Zeit sogar dazu auf, »den Krieg nach Europa zu tragen«.

Türkische Nationalisten, kurdische Extremisten, linksextreme Antifa-Anhänger, Dschihadisten-Milizen und IS-Terroristen, die nach wie vor massenweise nach Westeuropa flüchten, wirken sich massiv auf unsere Sicherheitslage aus. Nach der Welle von Terroranschlägen der vergangenen Tage und Wochen, scheint sich die [Destabilisierung Deutschlands](#) zu einem bedrohlichen Dauerzustand zu entwickeln.

» Kelly M. Greenhill: [Massenmigration als Waffe](#), 432 Seiten, 9,99 Euro – [hier](#) bestellen!

» Stefan Schubert: [Die Destabilisierung Deutschlands](#), 336 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen.



Video: Islamaufklärung mit Michael Stürzenberger in Nürnberg

Im Rahmen der Deutschlandtour der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) findet heute von 11 bis 18 Uhr eine Islamaufklärungskundgebung mit Michael Stürzenberger in Nürnberg statt. Wir wünschen wie immer gute Unterhaltung!



Markus Krall: „Diese Politik führt in die wirtschaftliche Katastrophe“

Hart ins Gericht geht Ökonom Markus Krall mit der Politik in Deutschland. Die Regierung kümmert sich um Nebensächlichkeiten

und vernachlässigt die Belange der Wirtschaft. Nicht nur die CO2-Politik kostet Milliarden. Wenn das so weitergeht endet es in der wirtschaftlichen Katastrophe, so Krall im Gespräch mit Michael Mross (MMnewsTV).

Das Buch von Wirtschaftsökonom Dr. Markus Krall zur Thematik:



Wagner: „Antisemitismus gehört nicht zu Deutschland – Gedeon nicht zur AfD!“

Der AfD-Fraktionsvorsitzende im nordrhein-westfälischen Landtag, Markus Wagner, fordert nach der widerwärtigen Bluttat

von Halle ein Ende der Instrumentalisierung antisemitischer Straftaten und zugleich einen selbstkritischen Blick in die eigenen Reihen.

Auf seinem Profil beim sozialen Netzwerk *Facebook* wird Wagner wie folgt [zitiert](#):

„Es ist beschämend, wie sich einige Politiker der alten Parteien dazu hinreißen lassen, aus dem antisemitisch motivierten Attentat in Halle politische Geländegewinne zu erzielen. Das gehört sich nicht!“

sagte Wagner und betonte:

„Wenn es zu derart widerlichen Taten kommt, muss das parteipolitische Kleinklein zurückstehen. Solche Taten dürfen nicht auch noch zur Spaltung der Gesellschaft mißbraucht werden, indem bewusst und infam gegen die AfD gehetzt wird. Alle Parteien müssen ein Interesse daran haben: Juden Hass, ob von links, rechts oder aus religiösen Gründen ist in Deutschland geächtet. Dabei muss es bleiben!“

Dabei zeigt sich Wagner auch selbstkritisch:

„Auch wir als neue Partei müssen auf unsere Wortwahl achten. Es ist auch nicht nötig, wie andere, immer zu allem sofort zu twittern. 36.000 Mitglieder der AfD verhalten sich vorbildlich, aber leider gibt es auch ein paar, die sich womöglich in der Partei geirrt haben.“

Dazu gehört für Markus Wagner auch: „Leute, wie Wolfgang Gedeon müssen endlich ausgeschlossen werden! Ich bin es leid, dass das deutsche Parteiengesetz uns dazu zwingt, uns endlos mit solchen Typen zu beschäftigen.“



Die Destabilisierung Deutschlands – nun ist sie halt da!

Von STEFAN SCHUBERT | Eine Woche von Gewalt und Terror liegt hinter uns. In Paris ermordet ein islamistischer Terrorist vier Polizisten mit einem großen Küchenmesser. Im hessischen Limburg verübt ein polizeibekannter, abgelehnter syrischer Asylbewerber einen Terroranschlag mit einem geraubten Lkw. In Berlin-Mitte überwindet der Syrer Mohamad M. die Sicherheitsabspernung einer Synagoge; bewaffnet ist er mit einem Kampfmesser (20-cm-Klinge). Der Syrer ruft bei seinem Angriff »Allahu akbar!« und »Fuck Israel!«. In Halle (Sachsen-Anhalt) greift ein bewaffneter Neonazi erst die dortige Synagoge und dann einen Döner-Imbiss an und tötet zwei Menschen.

Gewalt und Extremismus sind in jeglicher Form abzulehnen. Diesen Taten sind jedoch nicht in einem luftleeren Raum entstanden, sondern sind ein Produkt der gesellschaftlichen Spannungen in Deutschland und Westeuropa. Diese prallen unaufhörlich wie tektonische Platten aufeinander und können sich jederzeit entladen. Statt Erdbeben lösen diese jedoch brutale Gewalttaten und Terror aus. Die Instrumentalisierung der Tat und damit auch der Opfer setzt unmittelbar nach dem Geschehen ein. Rechte hoffen wie in Halle auf einen islamischen Terroristen, Linke auf einen deutschen Nazi. Für

ehrlische Trauer und Anteilnahme bleibt keine Zeit mehr. Die Tat gilt es sogleich für das eigene Lager zu instrumentalisieren. Egal welche Taten der jüngsten Vergangenheit man betrachtet, das Aufeinanderprallen der Ideologien folgte jeweils auf dem Fuße.

Bereits frühzeitig haben Sicherheitsexperten vor dieser Verrohung und der daraus resultierenden Gewaltspirale gewarnt. Darunter auch der verstorbene Udo Ulfkotte und der Autor dieser Zeilen in unserem gemeinsamen Spiegel-Bestseller [Grenzenlos kriminell](#) aus dem Sommer 2016.

Die Destabilisierung Deutschlands kommt jedoch nicht überraschend, sondern ist eine nahezu unausweichliche Folge des Staatsversagens seit den Grenzöffnungen 2015. Die Gewalt der Extremisten wird auch durch eine Politik genährt, die sich gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung richtet. In einer Civey-Umfrage aus dem Jahr 2018 stimmten knapp drei Viertel der Deutschen der folgenden Aussage zu: »Der Islam gehört nicht zu Deutschland.« Und laut einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage der Bertelsmann-Stiftung vom August 2019 sind knapp 52 % der Meinung, dass es zu viel Einwanderung gibt. Wahlen werden hingegen nicht mehr als wichtiger demokratischer Prozess wahrgenommen, sondern fördern paradoxerweise die bereits stark verbreitete Politikverdrossenheit. Wer CDU/CSU wählt, erhält mittlerweile eine grün-linke Politik, gerade auch in der polarisierenden Migrationsfrage. Und bei der Thüringen-Wahl könnte eine CDU-Stimme sogar dem SED-Erben Die Linke an die Macht verhelfen, wie es unlängst der ehemalige [Bundespräsident Joachim Gauck gefordert](#) hat.

Gesellschaftliche Spannungen steigen

Die Warnungen bezüglich zunehmender Spannungen wurden ignoriert, unbequeme Bücher durch Mainstream-Medien totgeschwiegen und vom Buchhandel boykottiert. Der Verlust der Inneren Sicherheit entfaltet sich vor unseren Augen in immer

kürzeren Abständen. Die größte Schuld an dieser gesellschaftlichen Verwahrlosung trägt die Bundesregierung mit ihrer Migrationspolitik. Anstatt die Sicherheit an Deutschlands Grenzen und auf den Straßen wiederherzustellen, haben die Verantwortlichen einen Kontrollverlust des Staates von epochalen Dimensionen zugelassen, wie es ihn seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 noch nicht zu beklagen gab.

Symptomatisch für das Versagen der Berliner Elite sei an ein Zitat der Bundeskanzlerin erinnert: »Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin, nun sind sie halt da.« Mit diesen Worten reagierte Angela Merkel bekanntlich auf innerparteiliche Kritik an ihrer Grenzöffnung und dem ansteigenden Flüchtlingsstrom. Seit 2015 haben Flüchtlinge aus mehrheitlich muslimischen Herkunftsstaaten über eine Million Straftaten in Deutschland verübt. Und der Generalbundesanwalt hat in diesem Zeitraum den neuen Rekordwert von 2467 islamistischen Terrorverfahren bekannt gegeben. Die Zahlen sind unstrittig, da der Autor die Zahlen und Statistiken vom Bundeskriminalamt und dem Generalbundesanwalt erhalten hat. Erstmals wurden diese alarmierenden Zahlen in meinem aktuellen Buch [Sicherheitsrisiko Islam](#) veröffentlicht.

Sie ahnen es, auch dieses Buch wird vom Mainstream totgeschwiegen und vom Buchhandel boykottiert. Anstatt der Bevölkerung Fakten mitzuteilen, wird der Bürger mit einem regierungskonformen Gute-Laune-Journalismus ruhiggestellt. Über die alarmierende wie skandalöse Zahl von über einer Million Straftaten durch Flüchtlinge wurde bisher von keinem großen Medienhaus berichtet. Wenn Medienkritiker sich angesichts dieser Auffassung von Journalismus mittlerweile an sozialistische Diktaturen wie die Sowjetunion und die DDR erinnert fühlen, dann ist dies allein der Arbeitsweise der Mainstream-Medien geschuldet. Damals herrschte Einigkeit darüber, dass es im »fortschrittlichen« Sozialismus keine Kriminalität geben kann/darf.

Schließlich bescherte die sozialistische Ideologie den Bürgern das wahr gewordene Utopia. Im grenzenlosen Deutschland des Jahres 2019 bedienen nun Multi-Kulti-Ideologen die Schalthebel der Meinungsmacht. Auch heute wird immer noch die Mär von einer angeblich zurückgehenden Kriminalität verbreitet. Dazu werden gewalttätige Nebenwirkungen der Islamisierung, wie dieser Tage in Berlin durch den versuchten islamistischen Terroranschlag auf eine Synagoge, kurzerhand zum Hausfriedensbruch umetikettiert, während ein Terroranschlag durch einen syrischen Flüchtling in Limburg von der ARD-Tagesschau allen Ernstes in einen »Lkw-Vorfall« umgetauft wird.

Bundesregierung vertieft die gesellschaftlichen Gräben

Die Teilnahme der Bundesregierung erfolgt nicht mehr allgemein, sondern hängt offenbar vom »richtigen« Täter ab. Den Opfern und Hinterbliebenen des schwerwiegendsten islamistischen Terroranschlags in Deutschland auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz verweigerte Angela Merkel ihre persönliche Anteilnahme und erschien auf keiner Mahnwache. Noch am Tag des rechtsextremistischen Terroranschlages von Halle nahm Merkel hingegen an einer Mahnwache an der neuen Synagoge in Berlin-Mitte teil. Durch dieses Verhalten der Bundeskanzlerin vertieft sich der Graben zwischen Bürgern und der Politik weiter.

Die entstandene Wut und das explosive Potenzial im Land haben besorgniserregende Dimensionen angenommen. Die Frage ist nicht, ob, sondern wann sich diese aufgestauten Spannungen entladen werden. Die Destabilisierung Deutschlands – nun ist sie halt da, und der Bürger befindet sich mittendrin.



» Stefan Schubert: [Die Destabilisierung Deutschlands](#), 336 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen.



Video: Islamaufklärung mit Michael Stürzenberger in Lahr

Heute findet von 12 bis 19 Uhr eine weitere Aufklärungsveranstaltung der Bürgerbewegung Pax Europa mit PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger statt, diesmal in Lahr.



Doku: Politischer Islam verfolgt geheime Eroberungsstrategie

Von STEFAN SCHUBERT | Die Islam-NGO »Qatar Charity« verkauft sich öffentlich als Wohltätigkeitsorganisation, die mit bis zu 260 Millionen Euro weltweit aktiv ist. Doch nach der investigativen Recherche von französischen arte-Journalisten bleibt von der angeblichen wohltätigen Agenda der Organisation nicht mehr viel übrig. Vielmehr wird Qatar Charity als Spinne im Netz einer strategisch geplanten Islamisierung entlarvt. Ganz besonders im Visier der Eroberungspläne von Steinzeitislamisten befindet sich Westeuropa, insbesondere Italien, England, Spanien, Frankreich und Deutschland. Die sehr informative arte-Doku »Katar: Millionen für Europas Islam« sollte jeder Bürger dieses Landes gesehen haben.

Ein Whistleblower übergab den französischen Reportern einen USB-Stick über interne Unterlagen der Islam-NGO: Überweisungen, E-Mails, Protokolle, Baupläne, Spenderlisten – insgesamt umfassen die Datenmengen mehrere Tausend Dokumente. Diese rücken Qatar Charity deutlich in die islamisch-ideologische Nähe der Muslimbruderschaft.

In den Unterlagen werden 140 Projekte aufgeführt, die mit insgesamt 260 Millionen Euro finanziert werden. Die arte-Journalisten veröffentlichten eine Liste mit Spendern für die strategische Islamisierung Westeuropas, ganz vorne stehen darauf Mitglieder der Herrscherfamilie.

Die geheime Agenda der Kataris wird in einem Dokument deutlich, dort steht über den Sinn der Geldflüsse und ihre Bestrebungen »... den wichtigsten Motor zur Verbreitung der islamischen Kultur im Westen und in der Welt«.

Diese Umschreibung belegt nichts Geringeres als den lang

gehegten Plan der islamischen Weltherrschaft, des Kalifats.

Katar als Terrorunterstützer und Operationsbasis von Islamisten

Katar und Qatar Charity arbeiten zu diesem Zweck offensichtlich eng mit der Muslimbruderschaft zusammen. Die radikal-islamistische Muslimbruderschaft kann Katar ganz offen als Hauptoperationsbasis nutzen und von dort aus ungehindert agieren. Dazu muss man wissen, dass es sich bei der palästinensischen Terrororganisation Hamas (arabisch für »Kampfgeist«) um einen Zweig der Muslimbruderschaft handelt.

Eines der Ziele der Hamas besteht darin, den Staat Israel mit militärischen Mitteln zu beseitigen und an seiner Stelle einen islamischen Gottesstaat zu errichten. Um das zu erreichen, verübte der militärische Arm der Hamas unzählige Terroranschläge und Selbstmordattentate gegen israelische Zivilisten und Soldaten. Folglich wird die Hamas von den USA, der EU, Israel und selbst von anderen arabisch-muslimischen Staaten juristisch als terroristische Vereinigung eingestuft. In der Gründungscharta der Hamas steht in Artikel 8: »Allah ist ihr Ziel, der Prophet ihr Vorbild, der Koran ihre Verfassung, der Dschihad ihr Weg und der Tod für Gott ihr hehrster Wunsch.« Und der Vorsitzende des Hamas-Politikbüros, Chalid Maschal, residiert seit 2012 in Katar. In Ausführungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz steht über die ideologische Ausrichtung der Muslimbrüder und ihrer weitverzweigten Tarnvereine und Organisationene, dass diese »islamische Rechtsgutachten erlässt, die als Richtlinie für das Leben von Muslimen in Europa gelten soll«.

Also Scharia statt Grundgesetz. Dazu zielt die Ausrichtung der Muslimbrüder darauf ab, »eine ablehnende Haltung gegenüber westlichen Werten zu verstärken und eine Distanz zur Demokratie zu fördern«. Die nächste Einschätzung des Inlandsgeheimdienstes birgt so viel Brisanz, dass es eigentlich ausreichen müsste, jeden »Islam-gehört-zu-

Deutschland« Gutmenschen aus der grün-rosafarbenen Seifenblase zu zerren: »Mit ihren Bemühungen zur Schaffung eines gesellschaftlichen und politischen Systems auf Grundlage der Scharia verstößt sie gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung« so der deutsche Inlandsgeheimdienst.

Katar, Muslimbrüder, Bayern München, Siemens und Angela Merkel

Unter den islamischen Wegbereitern der Ölmilliardäre aus Katar befinden sich auch so illustre Institutionen und Personen wie [Bayern München](#), die FIFA, Angela Merkel und ein beträchtlicher Teil der [deutschen Wirtschaftselite](#). So schreckten unter Korruptionsverdacht stehende FIFA-Funktionäre trotz all dieser öffentlich zugänglichen Beschuldigungen nicht davor zurück, Katar zum Austragungsort der Fußballweltmeisterschaft 2022 zu bestimmen. Obendrein setzten die Kataris bei der FIFA sogar durch, die WM erstmalig in die christliche Weihnachtszeit zu verlegen (21. November – 18. Dezember).

Die Komplizenschaft deutscher Eliten und das Ausmaß von Katars geheimen Plänen in Deutschland enthüllt der Autor in dem gerade erschienenen Buch [Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht](#).

Die Ideologie der Muslimbrüder verbreitet Hass und führt zum Terrorismus

Anwar Gargash, Staatsminister der Vereinigten Arabischen Emirate, bezichtigt Katar in der Dokumentation weiterhin, die Muslimbruderschaft (MB) und weitere dschihadistische Gruppen mit immensen Summen zu unterstützen. Und hinter dem gerade auch von westlichen Medien gefeierten Arabischen Frühling steckt an entscheidenden Schalthebeln die Muslimbruderschaft, die die Unzufriedenheit in der arabischen Welt, wie in Ägypten, zur islamistischen Machtergreifung zu nutzen versuchte.

Europaweit werden Moscheen und Islamzentren mit Geldern aus

Katar erbaut, deren Betreiber und öffentliche Vertreter entweder direkt der Muslimbruderschaft oder deren Ideologie zugerechnet werden. Ganz offen propagieren Muslimbrüder, wie deren Ideologe Sayyid Qutb, auch den bewaffneten Kampf zur Erringung einer islamischen Diktatur. Seine Schriften gelten zudem als ideologischer Unterbau von Terrorgruppen wie al-Qaida.

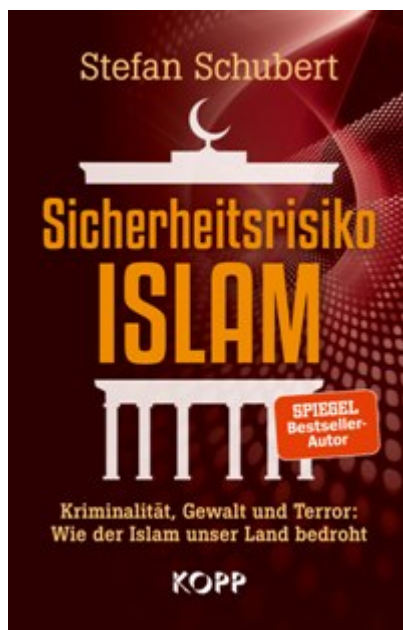
Anstatt dass nun deutsche Politiker unser Land, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Bürger vor diesen Radikalen schützen, überlassen sie ihnen sogar noch knapp gewordene Baugrundstücke, um weitere Moscheen – laut Erdoğan »Islam-Kasernen« – zu errichten. Neben Katar gilt Recep Tayyip Erdoğan als einer der größten Förderer der Muslimbruderschaft.

Die Netzwerke der Muslimbrüder in Westeuropa werden immer durchdringender und ihre Projekte immer zahlreicher. In den geheimen Dokumenten finden sich unzählige aktuelle Projekte, die durch die Millionenbeträge der Kataris parallel vorangetrieben werden: Royal Park London, Swansea, Sheffield, Jersey, Mülhausen, Straßburg, Lille, Berlin, Luxemburg, Lugano, Mailand, Sizilien, Schweiz, Belgien, die bayerische Ortschaft Penzberg und München. In vielen Fällen führen die Recherchen zur Ideologie der Muslimbrüder und den katarischen Millionen.

Die Unterlagen belegen die konzentrierte Islamisierung durch die Kataris und die Muslimbruderschaft sowie durch ihnen nahestehende Islamideologen. Sie gehen dabei strategisch geschickt vor und die in der Doku Interviewten tragen gutsitzende Anzüge, sind rhetorisch geschult und lassen selbst massivste Vorwürfe durch einstudierte Phrasen an sich abperlen. Auf die Frage »Sind Sie ein Muslimbruder?« antworten die Wölfe im Schafspelz unisono: »Alle Muslime sind Brüder...« Es wird zudem deutlich, wie die Muslimbruderschaft mithilfe der katarischen Millionen ganz gezielt die muslimische Masseneinwanderung für ihre Eroberungspläne einsetzt.

»Die nächste Eroberung wird durch Predigt erfolgen«

Erschreckend bei der Doku ist, in welchen Kriegsmetaphern die Islamisten denken und handeln: »Ein Hadith sagt, dass der Islam Rom und somit Italien erobern soll. [...] Die Eroberung Roms, die man als Eroberung Europas sehen könnte, ist die Rückkehr des Islam nach Europa. [...] Die nächste Eroberung wird durch Predigt erfolgen. Die Muslime müssen sich in Schlachtordnung bringen, um diese Welt zu erobern.« Diese Worte spricht einer der Chefideologen der Muslimbruderschaft, Yusuf al-Qaradawi, ganz offen in die Kamera (Minute 29:00). Er besitzt die katarische Staatsbürgerschaft, und auch der TV-Sender Al Jazeera hat seinen Sitz in Doha. Laut kritischen Beobachtern dient Al Jazeera als Propagandainstrument der MB und damit als entscheidendes Werkzeug zur islamischen Radikalisierung des gesamten arabischen Raumes.



Al-Qaradawi verfügt bei Al Jazeera sogar über eine eigene Fernsehsendung, Die Scharia und das Leben. Seit über 15 Jahren gibt der Hassprediger wöchentlich über 60 Millionen Zuschauern Empfehlungen und erteilt Fatwas. So hat er eine Fatwa erlassen, wonach es muslimischen Selbstmordattentäterinnen gestattet sei, das Kopftuch abzulegen, um sich unentdeckt unter israelische Zivilisten mischen zu können und dort eine Bombe zu zünden. Den Holocaust bezeichnet al-Qaradawi als eine gerechte Strafe der Juden für deren

Verderbtheit. Ab Minute 24:00 wird die menschenfeindliche Ideologie der radikal-islamischen Muslimbruderschaft durch Aussagen von al-Qaradawi dokumentiert: Frauen dürfen demnach laut dem Koran geschlagen werden und Homosexuelle sollen von Dächern geworfen oder geopfert werden. Der muslimische Judenhass wird ab Minute 24:55 belegt: »Im Laufe der Geschichte hat Allah die Juden für ihre Korruption bestraft.

Die letzte Bestrafung wurde von Hitler ausgeführt.«

Yusuf al-Qaradawi lebt als hochangesehener Mann in der katarischen Hauptstadt Doha und wird von vielen sunnitischen Islam-Organisationen verehrt. Er steht zudem der Herrscherfamilie sehr nahe, den Al Thani, deren Mitglieder sich regelmäßig mit ihm öffentlich zeigen und filmen lassen. Mit diesem Islamisten-Regime in Katar machen Bayern München, die FIFA und deutsche Weltkonzerne wie Siemens Geschäfte, und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel rollt solchen Leuten auch noch den roten Teppich aus.

» Stefan Schubert: [Sicherheitsrisiko Islam](#), 318 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen.



Bremerhaven: Dreister Griff in die Steuerkasse

Über das „dunkeldeutsche“ Wahlergebnis in der westdeutschen Stadt Bremerhaven, die ja bekanntlich zum „Bundesland“ Bremen zählt, haben die überregionalen Medien im Vorfeld der Ostwahlen bisher weitestgehend Stillschweigen bewahrt – aus gutem Grund. Denn das gute Abschneiden von AfD und

Wählervereinigung BÜRGER IN WUT (BIW) bei der Wahl am 26. Mai 2019 haben die Bildung einer Stadtregierung in der Seestadt erheblich erschwert.

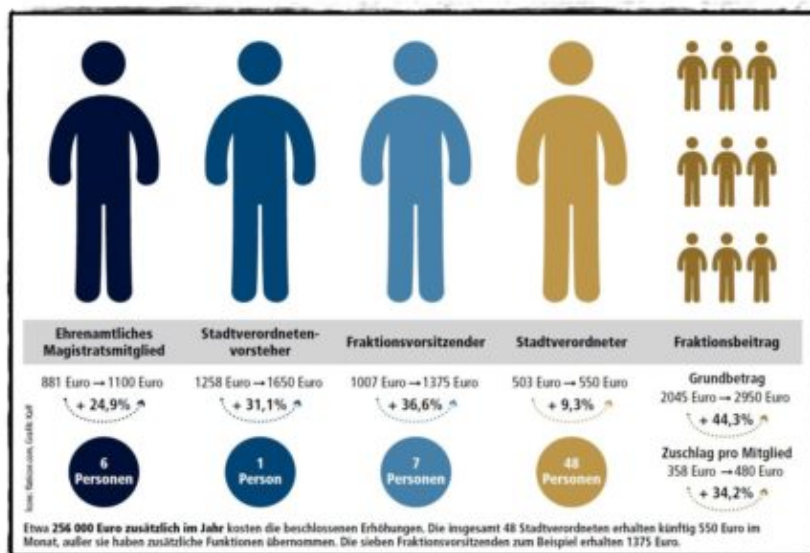
Wie besonders in den östlichen Regionen Deutschlands, mussten sich schlussendlich auch in Bremerhaven die [Wahlverlierer-Altparteien](#) in einem Dreierbündnis zusammenschließen, um eine Regierung bilden zu können. Dieses Mal haben CDU und die „[Mövenpick-Partei](#)“ FDP der seit 74 Jahren regierenden SPD erneut zur Macht verholfen. Das Ergebnis ist eine Regierungskoalition mit nur einer Stimme über der Mehrheit.

Entsprechend lange hat das Schmieden des Dreierbündnisses auch gedauert. Die Altparteienpolitiker mussten wohl zunächst einmal verarbeiten, dass BIW-Chef Jan Timke mit großem Abstand zum beliebtesten Politiker der Seestadt Bremerhaven [gewählt](#) wurde. Der Ex-BKA-Beamte und langjährige Landtagsabgeordnete der BIW konnte mit 7121 Personenstimmen mehr Wähler für sich gewinnen, als die Spitzenkandidaten von SPD und CDU zusammen.

Nachdem, neben den Wahlverlusten bei den ehemaligen Volksparteien SPD und CDU auch der Timke-Schock verarbeitet war, ging es dann doch recht schnell in der einstigen SPD-Hochburg – zumindest mit der ersten Amtshandlung:

Einem dreisten Griff in die Steuerkasse.

Das beschriebene Dreierbündnis aus SPD, CDU und FDP mit einer Stimme Mehrheit genehmigte sich als erste Maßnahme eine satte Erhöhung in sämtlichen Politikfeldern. Die Bremerhavener *Nordsee Zeitung* [berichtete](#):



Zum Vergrößern bitte auf das Bild klicken.

Mehrkosten für den Steuermichel: 256.000 Euro zusätzlich pro Jahr. Daneben wurde die Absenkung des Fraktionsstatus von bisher 4 auf jetzt 3 Abgeordnete beschlossen. In dieser Legislaturperiode profitiert ausschließlich die FDP davon, was für den Steuermichel mit 130.000 Euro zusätzlich zu Buche schlägt.

Genauso weiter ging es dann mit der Verteilung der Aufsichtsratsposten, was aber medial nicht mehr gesondert thematisiert wurde, weil es im roten Sozensumpf wohl mittlerweile als ortsübliches Verhalten gilt bzw. zum Alltag zählt.

Was übrigens nicht für Jan Timke gilt, welcher der FDP für ihr schäbiges Verhalten im heutigen [Sonntagsjournal](#) eine eigene Klartext-Kolumne [widmet](#):

Die KLARTEXT-Kolumne



Liebe Bremerhavener,

kennen Sie die Partei in Bremerhaven, die gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode vom politischen Paulus zum Saulus mutierte? Es ist die FDP. Kleine Kostproben gefällig?

Auf Druck der Freien Demokraten, die jetzt als Mehrheitsbeschaffer für SPD und CDU agieren, hat die Stadtverordnetenversammlung (StVV) unlängst eine Änderung ihrer Geschäftsordnung beschlossen. Die Novellierung führt dazu, dass die FDP und die ebenfalls mitregierende CDU deutlich mehr Einfluss im Stadtparlament erhalten. Der StVV-Vorstand ist um einen Sitz erweitert worden, damit die Union sicher einen weiteren Vertreter in das Gremium entsenden kann. Außerdem hat man die Hürden für den Fraktionsstatus gesenkt, was ausschließlich der FDP zugute kommt. Die Liberalen bekommen künftig deutlich mehr Geld als das nach der alten Regelung der Fall gewesen wäre.

Die von den Regierungsfractionen durchgedrückten Neuerungen werden den Steuerzahler teuer zu stehen kommen: Die Mehrkosten, die aus dieser dreisten Machtanhäufung resultieren, belaufen sich allein in dieser Legislaturperiode auf satte 143.000 Euro. Doch nicht nur das. Auch als es darum ging, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Oppositionsparteien in den städtischen Aufsichts- und Stiftungsbeiräten zu beschneiden, erwies sich die FDP als williger Helfer der Volksparteien und stimmte dem von der Regierungskoalition eingebrachten Antrag vorbehaltlos zu. Das ist offenbar der Preis, den die Freien Demokraten für ihre neuen Pfründe zu zahlen bereit sind. Dank FDP können SPD und CDU ihre einfallsslose Weiter-So-Politik in Bremerhaven fortsetzen.

Wie heißt es so schön? - Macht und Geld verderben den (politischen) Charakter! Es gibt keine Partei in Bremerhaven, auf die diese Weisheit aktuell mehr zutrifft als auf die FDP,

meint ihr

Jan Timke, MdBB
BIW-Fraktionsvorsitzender

Wie ist Ihre Meinung dazu? Schreiben Sie uns!

V.i.S.d.P.: Fraktion BÜRGER IN WUT, Ludwigstr. 20, 27570 Bremerhaven,
Tel.: 0471/92927692, www.bremerhaven-zuerst.de, E-Mail: info@buenger-in-wut.de

Einzig bei der Wahl am 27. Oktober in Thüringen haben die Wähler in diesem Jahr noch die Chance, einem All-Parteien-Abkassier-Bündnis durch eine Stärkung der AfD einen Riegel vorzuschieben...



Muslimische Masseneinwanderung – der Untergang der alten Ordnung

Von STEFAN SCHUBERT | Die politisch-mediale Elite hat sich mit ihren pseudomoralischen Ansprüchen neben der AfD, US-Präsident Trump und den »Klimaleugnern« einen weiteren Sündenbock auserkoren. Es handelt sich hierbei um die deutschen Sicherheitskräfte, gegen die bei jeder Gelegenheit gewettert wird.

Jegliche Wehrhaftigkeit wurde und wird durch dieselben Protagonisten verteufelt oder per se als »rechts« gebrandmarkt, dem mit Abstand schwerwiegendsten Vorwurf unserer Zeit. Der Hang zur linken Selbstaufgabe zeigt sich schon in der öffentlichen Berichterstattung. Nicht selten ist hier nach konsequenten Polizeieinsätzen von »Polizeigewalt« die Rede.

Doch wenn die Polizei nicht mehr wehrhaft ist, und die Bundeswehr nicht mehr in der Lage ist, einen Krieg zu führen, ist der gesellschaftliche Niedergang nicht mehr weit. Denn wie soll der Schutz der Bevölkerung gewährleistet werden, wenn unsere Sicherheitsbeamten ihrem Auftrag nicht mehr nachkommen können, ohne Repressalien, Diffamierungen oder Anzeigen befürchten zu müssen?

Und dies alles geschieht in wahrlich stürmischen Zeiten, in denen Deutschland von Krisen und Kriegen umgeben ist. Die Anzahl destabilisierter Staaten und Länder, die von ethnisch-religiösen Bürgerkriegen betroffen sind, ist hoch: Afrika, der Nahe wie Mittlere Osten, Latein- und Südamerika, Ukraine, Indien, Pakistan oder Afghanistan sind nur einige Beispiele. Die nicht einmal vollständige Aufzählung macht das erschreckende Ausmaß der Weltlage deutlich. Die Krisen und

Kriege haben zudem epochale Völkerwanderungen in Gang gesetzt, deren europäisches Hauptziel Deutschland geworden ist. Abgesehen von der Massenflucht aus Latein- und Südamerika, die Nordamerika mit voller Wucht trifft. Allein im März 2019 hat der Grenzschutz an der US-mexikanischen Grenze rund 103.000 Migranten aufgegriffen.

Die Amerikaner haben sich hingegen entschieden, diese unkontrollierte illegale Masseneinwanderung energisch zu bekämpfen und zu stoppen. Nicht zuletzt wurde Donald Trump wegen seinem Wahlversprechen, eine Grenzmauer zu errichten, zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Die Grenzmauer ist dabei weit mehr als ein bloßes Bauwerk, sondern ein Symbol der Wehrhaftigkeit, ein Symbol des Willens, seine eigene Bevölkerung zu schützen und die kulturelle Identität zu wahren. Das genaue Gegenteil bewirkt die Willkommenspolitik Angela Merkels in ihrer mittlerweile vierten Amtszeit.

Untergang des Römischen Reiches

Professor Dr. Alexander Demandt lehrte Geschichte an der Freien Universität Berlin und verfasste im Auftrag der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung einen Text zum Ende des alten Roms im Zuge der Völkerwanderung. Explizit wurde der Beitrag im Kontext der gegenwärtigen Flüchtlingskrise bestellt. Nach Einreichen des Textes weigerte sich der Chefredakteur der Stiftungs-Zeitschrift Die politische Meinung, den Text abzdrukken und zensierte ihn. In einem Interview mit der FAZ bezog der Historiker Stellung:

»Was können wir denn aus dem Untergang Roms lernen?

Dass wir eine weitsichtige Politik mit Augenmaß betreiben und auf die langfristigen Folgen von Einwanderung achten müssen. Die Spannung zwischen armen und reichen Völkern ist uralt. (...)

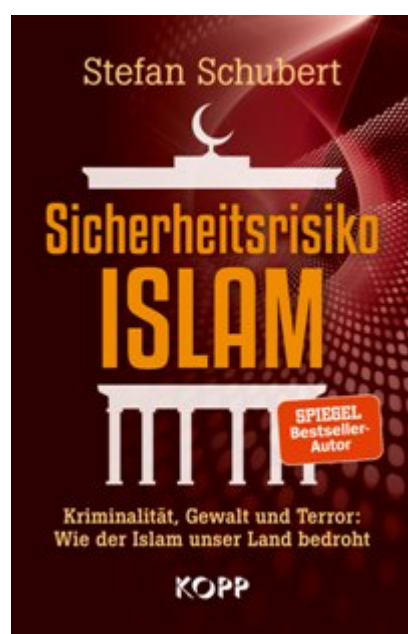
Was würden Sie der Bundeskanzlerin als Historiker heute raten?

Wir müssen den Zustrom begrenzen. Das weiß im Grunde auch

jeder. Dazu muss man Härten in Kauf nehmen. Denn es muss sich erst herumsprechen, dass es sich nicht lohnt, nach Deutschland zu kommen. Wir dürfen unsere Souveränität nicht aufgeben. Frau Merkel darf nicht zum Wohle fremder Regierungen und auf Kosten des deutschen Volkes handeln. Ihr Amtseid sieht das Gegenteil vor. Hier schwingt ein moralisches Überheblichkeitsgefühl mit. Man muss sich für das eigene Volk einsetzen – und nicht davonlaufen.«

Die FAZ [veröffentlichte](#) nach der Zensur der CDU-Stiftung den sehr anschaulichen Text des Professors. Besonders eindringlich sticht der letzte Absatz hervor.

»Es ist eine alte Frage, weshalb die reiche, hochentwickelte römische Zivilisation dem Druck armer, barbarischer Nachbarn nicht standgehalten hat. Man liest von Dekadenz, von einer im Wohlstand bequem gewordenen Gesellschaft, die das süße Leben des Einzelnen erstrebte, aber den vitalen und aktiven Germanenhorden nichts entgegenzusetzen hatte, als diese, von der Not getrieben, über die Grenze strömten. Überschaubare Zahlen von Zuwanderern ließen sich integrieren. Sobald diese eine kritische Menge überschritten und als eigenständige handlungsfähige Gruppen organisiert waren, verschob sich das Machtgefüge, die alte Ordnung löste sich auf.«



Wenn »eine kritische Menge überschritten« ist – die Formulierung des Historikers spiegelt die aktuelle Situation in Deutschland treffend wieder. Anstatt sich, wie Trump, endlich der Masseneinwanderung entgegenzustellen, ist es den Regierungsparteien nach wie vor wichtiger, vom linken Feuilleton beklatscht zu werden, als Deutschlands Grenzen, die kulturelle Identität und sein eigenes Volk zu schützen. Die Dekadenz des politischen Berlins und deren Verachtung des

eigentlichen Souveräns dieses Landes könnte nicht deutlicher belegt werden. Die eingewanderte Verbrechens- und islamistische Terrorwelle seit 2015, wird im aktuellen Buch des Autors [*Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror: Wie der Islam unser Land bedroht*](#) ausführlich dokumentiert.

Durch die unkontrollierte muslimische Masseneinwanderung treibt ein hochexplosiver Mob auf Deutschlands Straßen sein Unwesen: Jung, männlich, muslimisch, gewaltaffin, berufs- wie perspektivlos – eine toxische Mixtur, die schon unzählige Opfer gefordert hat. Gewaltexzesse, der Kölner Sex-Mob, brutale wie wahllose Bandengewalt gegen Ungläubige (Amberg), sowie Gruppenvergewaltigungen wie in Freiburg und die zahlreichen Mädchenmorde sind das Resultat dieser verhängnisvollen Politik. Schon beim geringsten Anlass wird das Messer gezogen und skrupellos eingesetzt. Und selbst diese barbarischen Gewalttaten haben bei Politik und Medien zu keinerlei Umdenken geführt. Deutschland schafft sich ab!

Anstatt die Wehrhaftigkeit des Staates sicherzustellen, dürfen sich diese abgelehnten kriminellen Flüchtlinge frei im Land bewegen und werden obendrein durch den Steuerzahler alimentiert. Und eine Polizei, die auf Anspucken und körperliche Angriffe mit einer Identitätsfeststellung antwortet, verliert dort obendrein jeglichen Respekt.

Die stetig ansteigende Kritik in der Bevölkerung wird durch die Meinungsmacht der »Refugees welcome«-Fraktion aus Politik, Medien, Kirche, Gewerkschaften, NGOs und der Asylindustrie unterdrückt, doch die Spannungen innerhalb der Gesellschaft und der vielzitierte Druck im Kessel steigen. Der Mangel an Wehrhaftigkeit gegenüber diesen Zuständen und gegenüber der Ausbreitung des Islam hat in nur wenigen Jahren für einen nicht für möglich gehaltenen Verlust der Inneren Sicherheit geführt.

Der allgemeine Frust wird zunehmen. Nicht nur innerhalb der Bevölkerung, sondern ganz besonders auch unter den eingewanderten Männern. Denn auf diese wartet aufgrund ihres niedrigen Bildungsstandes weder eine erfüllende Arbeit, noch ein Haus, noch ein eigenes Auto. Und sobald dieser Frustpegel weiter ansteigt, werden die salafistischen Seelenfänger leichtes Spiel haben, sich zu radikalisieren und ihren Frust gegen die einheimischen »Ungläubigen« zu richten.

So warnte der ehemalige Chef des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, vor einer Gefährdung der Stabilität der Demokratie in Deutschland. »Wenn wir nichts verändern, wird sich die Lage in Deutschland erheblich verschlechtern«, sind seine exakten Worte. Deutschland geht schweren Zeiten entgegen, an deren Ende der Untergang der alten Ordnung droht.

» Stefan Schubert: [Sicherheitsrisiko Islam](#), 318 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen.



Seit den Grenzöffnungen

bereits 2245 islamische Terrorverfahren

Von STEFAN SCHUBERT | Zum vierten Mal jährt sich der 13. September 2015, der Tag an dem Angela Merkel der Bundespolizei untersagte, Deutschlands Grenzen, die Identität des Landes, die Sozialsysteme und ganz im Besonderen die Bürger zu schützen. Wie sehr die Sicherheit des Landes durch diese grundgesetzwidrige Politik zerstört wurde, ist in den Daten des Generalbundesanwaltes abzulesen. Demnach leitete der Generalbundesanwalt (GBA) seit 2015 insgesamt 2245 islamische Terrorverfahren ein.

Anstatt illegale Einwanderer bereits an den Landesgrenzen zu stoppen, zu kontrollieren und abzuweisen, finanziert der Steuerzahler seit den Grenzöffnungen eine Art All-Inclusive-Paket für Illegale – und das mit Milliardenbeträgen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) errechnete bei Bund, Ländern und Kommunen jährlich anfallende Kosten von rund 50 Milliarden Euro!

Die Mainstream-Medien wirken auch bei diesem Komplex wie der verlängerte Arm des Kanzleramtes, da sie nun versuchen, eine Ablenkungsdebatte über den Begriff der Grenzöffnungen zu schaffen. Einordnungen wie »rechter Kampfbegriff« und »Verschwörungstheorie« werden aus der sozialistischen Mottenkiste gekramt – doch wer diesen Medien im Punkt der Flüchtlingskrise auch nur noch ein Wort abkauft, der wählt wahrscheinlich immer noch die Merkel-CDU. So spricht beispielsweise die ganze Welt vom Mauerfall am 9. November 1989, ohne dass die Mauer tatsächlich fiel. Die Wortklauberei der linksgrünen Aktivisten in den Redaktionsstuben der Republik zum Thema Grenzöffnungen entlarvt sich somit von selbst.

Die 2245 islamischen Terrorverfahren, die der

Generalbundesanwalt (GBA) auf Anfrage bestätigt, sagen mehr über die tatsächliche Sicherheitslage im Land aus, als die unter Manipulationsverdacht stehende Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) aus dem Bundesinnenministerium. Der Verlauf des Flüchtlingsstroms und dessen höchst problematische Durchsetzung mit Islamisten und Terroristen lassen sich somit direkt an den Zahlen des Generalbundesanwaltes ablesen.

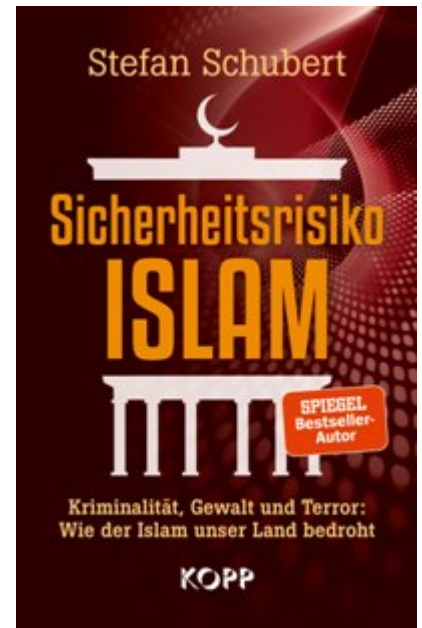
Erstmalig wurden diese Zahlen und weitere Hintergründe im aktuellen Buch des Autors [*Sicherheitsrisiko Islam – Kriminalität, Gewalt und Terror: Wie der Islam unser Land bedroht*](#) enthüllt.

Terrorverfahren erreichen 2018 einen neuen Rekordwert

Es genügen nur wenige Zahlen, um die Mär vom angeblich sichersten Deutschland aller Zeiten als Lüge zu entlarven. Der Generalbundesanwalt bestätigte dem Autor auf Anfrage für das Jahr 2018 einen neuen Rekordwert von 1220 Terrorverfahren in Deutschland. Die überwiegende Anzahl fällt mit 884 Verfahren auf den Bereich Islamistischer Terrorismus. Nachzulesen sind die Zahlen auch in einer Parlamentsantwort der Bundesregierung, der »Drucksache 19/6904 Deutscher Bundestag«.

Die vom Generalbundesanwalt in der Drucksache angegebenen 855 islamistischen Terrorverfahren für das Jahr 2018 wurden aktuell durch die Behörde auf 884 Verfahren angehoben. Ferner bestätigt der GBA sechs Ermittlungsverfahren mit Bezug zum Rechtsterrorismus und ein Ermittlungsverfahren im Bereich Linksterrorismus. Weiterhin geht aus der Bundesdrucksache hervor, dass zusätzliche 305 Terrorverfahren mit »Bezug zum internationalen, nichtislamischen Terrorismus« beim Generalbundesanwalt 2018 eingeleitet wurden. Hinter dieser Sprachregelung verbergen sich Straftaten ausländischer Terrororganisationen in Deutschland, wie die der kurdisch-sozialistischen PKK.

Während die geballte Medienmacht von SPIEGEL, SZ, ARD und ZDF nicht müde wird, eine angeblich größer werdende Gewalt- und Terrorgefahr von Rechtsextremisten heraufzubeschwören, hatte der Generalbundesanwalt 2018 nur ganze sechs Terrorverfahren im Bereich Rechtsterrorismus eröffnet. Wenn man sich dann die Taten, die solchen Rechtsterroristen bisher vorgeworfen wurden, anschaut, so stößt man auf Delikte wie das Ankündigen und Diskutieren von Anschlägen auf Facebook oder in WhatsApp-Gruppen und das Horten von Feuerwerkskörpern aus Osteuropa, die wegen ihres hohen Schwarzpulveranteils in Deutschland unter das Sprengstoffgesetz fallen.



Gegen die harte linksextreme Szene, die politisch Andersdenkende und Polizisten in Deutschland gegenwärtig mit einer regelrechten Gewaltwelle überrollt, hatten die obersten Terrorfahnder der Republik 2018 gerade mal ein Terrorverfahren eröffnet. Ja, Sie haben richtig gelesen: Antifa, bürgerkriegsähnliche Ausschreitungen beim G20-Gipfel und bundesweite linksextreme Autonome Zellen – all das fu?hrt in diesem Staat zu einem einzigen Terrorverfahren für das ganze Jahr 2018!

Islamische Terrorgefahr wird zum Alltag

Wie sehr sich die Sicherheitslage jedoch durch die unkontrollierte und mehrheitlich männlich-muslimische Masseneinwanderung verschlechtert hat, wird in dem [Jahresvergleich der Terrorverfahren](#) deutlich:

- 2013 gab es insgesamt nur 70 Terrorverfahren
- 2016 bereits 240
- 2017 folgte eine Verfünffachung auf 1200 Terrorverfahren,

und

- 2018 wurde der neue Rekordwert von 1220 Terrorverfahren erreicht.

Im Durchschnitt eröffnete der Generalbundesanwalt im Jahr 2018 jeden Tag 3,3 neue Terrorverfahren.

Grenzöffnungen führten zu einer Welle islamistischer Terrorverfahren

In der »[Drucksache Deutscher Bundestag 19/6684](#)« beantwortete die Bundesregierung eine weitere Parlamentsanfrage zum Islamistischen Terrorismus in Deutschland. Bei der Analyse der Zahlen wird die Etablierung einer hohen islamistischen Terrorgefahr deutlich:

- 2015 wurden 108 Terrorverfahren mit islamistischem Bezug eröffnet.
- 2016 ist fast eine Verdoppelung auf 201 islamistischen Terrorverfahren verzeichnet.
- 2017 schlägt sich die Flüchtlingswelle mit 1052 Terrorverfahren in der Statistik nieder.
- 2018 sind aktuell 884 islamistische Terrorverfahren dokumentiert.

Seit Beginn der Flüchtlingskrise wurden in nur vier Jahren 2245 islamische Terrorverfahren eröffnet. Das Sicherheitsrisiko durch den radikalen Islam stellt somit die bedrohlichste Gefahr für die Bürger dieses Landes und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung dar.

In diesem Zusammenhang sei an die [Äußerung des damaligen Bundesjustizministers Heiko Maas](#) im Morgenmagazin *MOMA* der ARD erinnert:

»Es gibt keine Verbindung, keine einzig nachweisbare

Verbindung zwischen dem Terrorismus und den Flüchtlingen...«

Bestellinformation:

» Stefan Schubert: [Sicherheitsrisiko Islam](#), 318 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen.



„Ich fürchte, der SPIEGEL hat seinen Wesenskern verloren“

Es ist der größte Fälschungsskandal seit Jahrzehnten: Ein Reporter des *SPIEGEL* hatte Reportagen und Interviews aus dem In- und Ausland geliefert, bewegend und oftmals mit dem Anstrich des Besonderen. Sie alle wurden vom *SPIEGEL* und seiner legendären Dokumentation geprüft und abgenommen und sie wurden gedruckt. Claas Relotius war mit seinen Geschichten zum Superstar unter den Reportern aufgestiegen und wurde mit mehr als 40 Preisen überhäuft.

Aber: Die Geschichten waren – ganz oder zum Teil – frei erfunden.

Nun hat der Reporter, der Relotius fast im Alleingang und

gegen heftige Widerstände beim *SPIEGEL* zur Strecke brachte, ein Buch über den Fall geschrieben. Juan Moreno erzählt hier die ganze Geschichte vom Aufstieg und Fall des jungen Starjournalisten, dessen Reportagen so perfekt waren, so stimmig, so schön.

Claas Relotius schrieb immer genau das, was seine Redaktion haben wollte

Es stellt sich die Frage, wieso diese Fälschungen jahrelang unentdeckt bleiben konnten. Juan Moreno schreibt mehr als die unglaubliche Geschichte einer beispiellosen Täuschung, er fragt, was diese über den Journalismus und den *SPIEGEL* aussagt.

Macht und Einfluss im Vordergrund

Für Matthias Geyer, den damaligen Leiter des Gesellschaftsressorts, für das Claas Relotius schrieb, wie für Ullrich Fichtner, den Entdecker und Förderer des Reporters, standen zum Jahreswechsel Beförderungen an – zum Blattmacher und zum Co-Chefredakteur. Und damit sollte auch Relotius selbst aufsteigen, zum Ressortleiter. Mit nur 33 Jahren.

Als nur wenige Wochen vor Erreichen der Ziellinie der freie Mitarbeiter Moreno mit schwerwiegenden Hinweisen auf mögliche Fälschungen quer auf die Bahn gelaufen kam, wurde er erst von Geyer und dann von Fichtner scharf kritisiert. In einem Gespräch habe man ihm sogar angedeutet, seinen Vertrag auslaufen zu lassen.

Unangenehme Hintergrundinformationen im Buch mit Sprengkraft



Juan Moreno, der seinerzeit wie beschrieben „nur“ als freier Mitarbeiter für den *SPIEGEL* schrieb, hat seine gesamten Erlebnisse in einem mutigen Buch dokumentiert, das auf nicht wenigen Seiten mit ordentlich Sprengkraft beladen ist und besonders diversen einflussreichen Entscheidern beim *SPIEGEL* ganz und gar nicht gefallen dürfte.

Denn, die damals erhoffte Bewältigung des schwerwiegenden Fälschungsskandals, beispielsweise mit der vom *SPIEGEL* selbst eingesetzten Aufklärungskommission zum Fall Relotius, wurde mit dem 17-seitigen Abschlussbericht alles andere als gänzlich vollzogen.

Ein entscheidender Satz des für den *SPIEGEL* in unzähligen Bereichen selbst schon hochbrisanten Abschlussberichts der Aufklärungskommission lautet:

„Es wurden keine Hinweise darauf gefunden, dass jemand im Haus von den Fälschungen wusste, sie deckte oder gar an ihnen beteiligt war.“

Wer das Buch gelesen hat, dem dürften nicht nur bei obigem Satz so einige Zweifel aufkommen...

Bestellinformation:

» Juan Moreno: [Tausend Zeilen Lügen](#), 288 Seiten, 18,00 Euro – [hier](#) bestellen!